

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Amt Elsfleth. 1871-1933 1928

16 (7.2.1928)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-882656](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-882656)

Nachrichten

für Stadt und Amt Elsfleth

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unerschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitung: H. Zirk. Druck und Verlag von E. Zirk.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. Bei gerichtlicher Klage, Konkursverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Heimat und Welt“ für den Monat 1.10 RM ausschließlich Bestellgeld. Fernruf Nr. 90. Anzeigenpreise: Die einpaltige Korpuszeile oder deren Raum 15 J, Familienanzeigen 10 J, auswärts 20 J, Reklamezeile 50 J. Schließfach 10. Für durch Fernsprecher aufgebene Anzeigen kein Einspruchsrecht.

Nr. 16.

Elsfleth, Dienstag, den 7. Februar

1928.

Chronik des Tages.

— Reichsaussenminister Dr. Stresemann, der heute eine Erholungsreise antreten will, wurde vom Reichspräsidenten zum Vortrag empfangen.

— In den nächsten Tagen beginnen in Berlin neue Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Ausland.

— Reichspräsident, Reichskanzler und Ministerpräsident Braun richteten an Fürst Hagefeldt Glückwunschtelegramme zur Vollendung des 80. Geburtstages.

— Das Befinden des erkrankten Kardinal-Erzbischofs Dr. Schulze-Köln hat sich merklich gebessert.

— Umweil Weingarten bei Sichtenfels konnte der Postbote und dreifache Mörder kein von einem Polizeiführer des Fahndungsammandos Stasfisen gefangenommen werden.

— In Berlin sind noch zwei der Dahnendorfer Mörder aufgeföhrt worden.

— Bei einem Ausflug auf den Meina sind 15 Studenten infolge eines Schneesturmes verunglückt. Einer der Studenten kam zu Tode, fünf andere wurden verletzt.

Funktioniert der Dawesplan?

Ende der Woche trat das Kuratorium des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände im Reichstagsgebäude zu einer kurzen Tagung zusammen, die der Neuwahl des Präsidiums und der Klärung der neu in Angriff zu nehmenden Arbeiten galt. Der bisherige Vorsitzende, der Gouverneur der früheren deutschen Kolonie in Ostafrika, Dr. Schnee, wurde einstimmig zum Präsidenten wiedergewählt. Bei der dann folgenden Besprechung des Arbeitsplanes für die nächsten Monate ergab sich Einigkeit darüber, daß die Bewegung gegen die Lage von der deutschen Kriegsschuld entschlossen fortgeführt werden muß, ferner erkannte man die Bedeutung der Reparationsfrage übereinstimmend an, die mehr und mehr in den Vordergrund rückt und nach der Senatsrede Briands auch in die Frage der Rheinabräumung hineinzieht. Neben dem gegenwärtigen Stand der Dinge referierte Reichstagsabgeordneter Dr. Schneider Dresden, der das Thema „Reparationen, Auslandsanleihen und Währung“ behandelte.

Dr. Schneider begrüßte die Aufwerfung der Frage einer Entlastung der Reparationen durch Parket Gilbert, da die Reparationslast für Deutschland immer drückender wird. In wenigen Monaten muß Deutschland bei der Aufrechterhaltung des jetzt geltenden Systems monatlich etwa 200 Millionen Mark aufbringen. Das stellt natürlich eine Belastung dar, die wirklich unerträglich ist, die Lebenshaltung in Deutschland verteuert, die Steuerlast gewaltig erhöht, die Frachten und Selbstkosten der Industrie herauschraubt und damit die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erheblich beeinträchtigt. Maß doch allein die Reichsbahn eine jährliche Reparationslast von einer Milliarde Mark aufbringen, was einer 50prozentigen Vertenerung der Güterfrachten gleichzusetzen ist.

Wieder kam zu dem Ergebnis, daß der Dawesplan schon in der „Ehrentzeit“ verjagt haben würde, wenn seine Durchführung nicht durch das Herinkommen von Auslandsgeleiden künstlich erleichtert worden wäre. Das sei eine höchst unerwünschte Begleitfolge der Auslandsanleihen, weil dadurch eine Heberföhigung deutscher Werte an das Ausland vorgeführt würde, die glatt und reibungslos vonstatten geht, während es sich doch tatsächlich nur um ein trügerisches Spiegelbild handelt. Trotzdem könne Deutschland die Auslandsanleihen nicht entbehren, nur müsse darauf gesehen werden, daß sie nicht über das zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft unbedingt erforderliche Maß hinausgehen. Von der jetzt im Gange befindlichen Erörterung der Reparationsfrage erwartete der Berichtserstatter noch keine baldige Lösung. Aller Wahrheitsliebheit nach werde man auch noch die Präsidentschaftswahlen in Amerika abwarten müssen. Als „Endsumme“ nenne man häufig vierzig Milliarden Goldmark, also einen Betrag, der zwar erheblich unter den 132 Milliarden liegt, die Kaincar ins Herz geschossen hat, die aber trotzdem noch weit über Deutschlands Leistungsfähigkeit hinausgeht.

Der Berichtserstatter des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände hat gut daran getan, die Frage zu stellen, ob denn der Dawesplan wirklich funktioniert. Daran, daß der Apparat reibungslos arbeitet, ist nicht zu zweifeln, auch ist es uns neuerdings von Briand ausdrücklich wieder bestätigt worden. Besten Endes handelt es sich jedoch nur um einen Kreislauf, der darin besteht, daß Deutschland für den Teil seiner Reparationszahlungen, für den es durch die Bezahlung seiner Ausfuhrindustrie keine Deckung erhält, aber wieder Gelder vom Ausland in Form von Anleihen berechnen muß.

Aller Wahrscheinlichkeit nach will man jetzt eine wirkliche Lösung der brennenden Reparationsfrage herbeiföhren, wie Briand versichert, noch in diesem Jahre.

Das stellt große Anforderungen an die deutsche Politik. Es gilt, die Festlegung einer übertriebenen Endsumme zu verhindern und gleichzeitig die Gefahr abzuwehren, daß Frankreich bei der neuen Weltkonferenz zur Lösung der Reparationsfrage etwa die Kanonen der Besatzungstruppen in die Waagschale wirft! Die Weltwirtschaft kann nicht gedeihen, wenn sie von Unsicherheitsfaktoren überhäuft wird, deshalb muß die Reparationsfrage eine gerechte Lösung finden. Und dabei müssen auch die beträchtlichen Leistungen berücksichtigt werden, die Deutschland vor dem Inkrafttreten des Dawesplans geleistet hat. Ferner muß beachtet werden, daß die Inflation zwar immer inneren Schulden fast getrieben hat, gleichzeitig aber auch der deutschen Wirtschaft nach den Kriegsverlusten neue Substanzen einbrachte und neuen Volksschichten Verarmung und Verelendung gebracht hat. Das zu beheben, kann nicht nur Amerika geraten werden, auch Frankreich am erheblichsten Rückkehr der Welt zur Vernunft beitragen: es darf wirtschaftliche Lösungen nicht durch militärische Maßnahmen verschärfen, und es darf nicht den Nutzen der Reparationszahlungen dadurch beeinträchtigen, daß es hohes hohe Millionenbeträge der Reparationen für die Bezahlung verbuht. Denn darüber gibt es keinen Zweifel: die Bezahlung ist nicht nur politisch und aus Gründen nationaler Ehre untragbar, sie ist auch aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus nicht mehr am Platze.



Baron von Stempel,

der neue Präsident des Landreichtages und Nachfolger des verstorbenen Landrats a. D. Dr. Konstantin.

Deutsch-russische Besprechungen.

Vor der Ankunft einer russischen Delegation. — Ergänzung des Handelsabkommens geplant.

In den nächsten Tagen beginnen in Berlin neue Besprechungen zwischen Deutschland und Ausland, die die weitere Gestaltung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen betreffen. Deutschland und Ausland haben bereits einen Handelsvertrag miteinander abgeschlossen, doch enthält dieses Abkommen manche Lücken, die nun ausgefüllt werden sollen. Außerdem sollen einzelne Bestimmungen, die sich bisher nicht bewährt haben oder nur einem Vertragspartner zugute kamen, abgeändert werden. Eine Ergänzung des Handelsvertrages ist auch schon deshalb notwendig, weil die Wirtschaftssysteme beider Länder erheblich voneinander abweichen und manche Bestimmungen des Abkommens sich deshalb anders auswirken haben, als erwartet worden war. Die Grundlage für die neuen Verhandlungen gibt der erste Artikel des geltenden deutsch-russischen Wirtschaftsabkommens ab, nach dem beide Länder die wechselseitigen Handelsbeziehungen auf jede mögliche Weise fördern wollen, um den Anteil an der gegenseitigen Eins- und Ausfuhr zu erhöhen.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die russische Regierung nunmehr die Delegierten für die neuen Besprechungen ernannt und ihre Abreise festgelegt, so daß die Verhandlungen im Laufe dieser Woche in Berlin ihren Anfang nehmen können. Die russische Delegation wird von dem Mitglied des Moskauer Handelsministeriums Schelifer geführt und wird sich aus hohen Beamten des Handelsministeriums und des Außenministeriums, sowie Vertretern der russischen Botschaft und der Handelsvertretung in Berlin zusammensetzen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen

sind vorläufig unterbrochen, sollen jedoch Ende der Woche ebenfalls wieder aufgenommen werden. Wie verlautet, soll die Veterinärfrage und die Frage des Kohlenontingents, über die bisher in Warschau verhandelt wurde, in Berlin weiter behandelt werden. Zu diesem Zweck wird sich der Führer der polnischen

Delegation, v. Iwardowski, in den nächsten Tagen ebenfalls nach Berlin begeben.

Stresemann fährt nach dem Süden.

Vor der Abreise. — Vortrag bei Hindenburg. — Zusammenkunft mit Titulescu an der Riviera?

Im Laufe des Montags will Reichsaussenminister Dr. Stresemann Berlin verlassen und eine mehrtägige Erholungsreise nach dem Süden antreten. Als Reiseziel wird Cannes genannt. Vor der Abreise wurde der Minister noch einmal vom Reichspräsidenten zum Vortrag empfangen. — Wie noch mitgeteilt wird, will der rumänische Außenminister Titulescu, der gegenwärtig in Paris weilt und dort eine längere Unterredung mit Briand hatte, nun auf die für Mitte Februar geplante Reise nach Berlin verzichten und sich stattdessen an der Riviera mit Dr. Stresemann treffen, um über die schwedischen Wirtschaftsfragen zu verhandeln.

Notkündigung in Schwerin.

Auszahlung der Notkreditlinie an die Landwirtschaft bis zum 15. Februar gefordert.

In der mecklenburgischen Landeshauptstadt Schwerin fand eine große Massenunterzeichnung statt, zu der sich 15 000 Landwirte aus allen Teilen des Landes eingefunden hatten. Die Reichsbahn hatte 7 Tondenzig eingelegt. In Ermangelung geeigneter Säle mußte die Versammlung unter freiem Himmel abgehalten werden. Der Vorsitzende des mecklenburgischen Landbundes, Dr. Wendhausen-Spandorf, sprach über das Thema „Was wir wollen“, kennzeichnete die Not der Landwirtschaft und richtete scharfe Angriffe gegen die Landwirtschaftspolitik der Staatsregierung. In einer von der Versammlung angenommenen Entschließung wird unter anderem die Auszahlung der gestillten Notkreditlinie — von denen 1,2 Millionen Mark Ende Oktober und 1,8 Millionen Mark Ende November von Reichs überwiefen wurden — bis zum 15. Februar gefordert. Wenn die Forderung nicht erfüllt wird, will der Landbund einen Volksentscheid über die Auflösung des Landtages herbeiföhren.

Steuererhöhungen um 1 Million.

Schwerin, 6. Februar. In der letzten Sitzung des Landtages wurde der Nachtrag zum Staatshaushalt für 1927 in dritter Lesung mit 26 gegen 25 Stimmen angenommen. Die Reichsparteien stimmten gegen den Nachtrag und erklärten, sie müßten dem Nachtragsplan ihre Zustimmung verweigern, weil die darin vorgesehene Steuererhöhung um eine Million Mark für die notleidende mecklenburgische Wirtschaft untragbar seien.

500 000 Kleinrentner im Reich.

Eine Denkschrift der Regierung. — Das vorliegende Kleinrentnergesetz erfordert 200 Millionen.

Der Reichsarbeitsminister und der Reichsminister des Innern haben dem sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags zur Beratung des von den Demokraten ein gebrachten Kleinrentner-Gesetzes eine Denkschrift zugehen lassen, in der die Zahl der Kleinrentner auf etwa 500 000 geschätzt wird; 340 000 von ihnen werden von der Kleinrentner-Fürsorge erfaßt. Von der Unterstützten sind 255 000 Frauen und 85 000 Männer. Die Regierung nimmt an, daß von den

340 000 unterstützten Kleinrentnern

höchstens 125 000 Personen früher ein Vermögen von mehr als 10 000 Mark gehabt haben. Zu ihnen kommen nach Annahme des Gesetzes die bisher nicht unterstützten Kleinrentner hinzu. Ungefähr 455 000 Personen haben ein Einkommen von noch nicht 1000 Mark im Jahre. Sie haben jedoch die Fürsorge vorläufig noch nicht in Anspruch genommen, weil sie von anderen, meistens von ihren Kindern, unterstützt wurden. Die Regierung schätzt die aufzubewende Summe, falls das Gesetz angenommen wird, auf jährlich 200 Millionen Mark. D diesem Betrag steht aber die Eriparatur an Fürsorgemitteln gegenüber, die jährlich ungefähr 50 Millionen Mark betragen würde.

Handel und Gewerbe im Januar.

Nach den amtlichen Berichten der preussischen Industrie- und Handelskammern und des Deutschen Handels- und Gewerbetages hielt sich die Wirtschaftslage im Januar im allgemeinen auf dem Stand des Vormonats. Auf dem Arbeitsmarkt trat eine neue erhebliche Verschlechterung nicht ein. Auch die Lohnbewegung war im wesentlichen zum Stillstand. Die Geldlage erfuhr eine Erleichterung, dennoch waren die Aktienkurse entgegen den Erwartungen rückläufig. Die Zahl der neu eröffneten Konten fiel im Januar von 619 im Dezember auf 766; Vergleichsverfahren wurden 191 eröffnet; im Dezember 187.

